

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:  
[www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 1

vom 11. Januar 2013  
Redaktion: Katja Richardt

## Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Bessere Entwicklungschancen für Kinder von Geburt an .....	3
Weniger Hürden für verschuldete Menschen .....	7

## Gesundheit und Verbraucherschutz

2012 mehr Organspenden als 2011 .....	10
---------------------------------------	----

## Schule, Jugend und Berufsbildung

Landeszentrale für politische Bildung gibt Buch zur Geschichte der Hamburger Frauenbewegung heraus .....	11
Gedenken am Höltigbaum .....	13
Erfolgreiches KMK-Präsidentschaftsjahr 2012 - Senator Ties Rabe zieht Bilanz.....	14

## Stadtentwicklung und Umwelt

8731 genehmigte Wohneinheiten im Jahr 2012 .....	17
Dritter Sozialmonitoring-Bericht veröffentlicht.....	19
Neues Förderprogramm für Studierende und Auszubildende in Mümmelmansberg .....	21
Wind und Sonnenstrom auf einen Blick.....	22

## Wissenschaft und Forschung

TU Hamburg-Harburg im EXIST-Wettbewerb Gründerhochschule ausgezeichnet .....	24
--	----

## Wirtschaft und Verkehr

Ausbau der A 7 .....	25
Bündnis für den Mittelstand.....	26

## Finanzen

Wechsel im Aufsichtsrat der HSH Nordbank .....	28
--	----

## Justiz

Verbesserte Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität .....	30
--	----

## Kultur

Ausschreibung Projektfonds „Kultur bewegt“ .....	32
Hans-Günther-Baass-Atelierstipendium zu vergeben.....	33
Günstig ins Theater mit Theatix .....	34

## Zur Information

Terminkalender .....	36
----------------------	----

8. Januar 2013/basfi08

## **Bessere Entwicklungschancen für Kinder von Geburt an Senat beschließt Landeskonzept „Frühe Hilfen“: Guter Start für Hamburgs Kinder - Enge Zusammenarbeit von Familienhilfe und Gesundheitswesen**

Hamburg will Familien mit Kindern früher erreichen und unterstützen. Bestehende Hilfsangebote aus der Familienhilfe und dem Gesundheitswesen sollen ausgebaut und besser aufeinander abgestimmt werden. Der Senat hat dazu das Landeskonzept „Frühe Hilfen: Guter Start für Hamburgs Kinder“ beschlossen, das im Rahmen Bundesinitiative zu frühen Hilfen ab sofort in Hamburg umgesetzt wird. Eines der Kernelemente dabei ist das bestehende Modellprojekt „Babylotsen“, das als „Babylotsen Hamburg“ auf alle Hamburger Geburtskliniken und Geburtshäuser ausgeweitet werden soll. Ein weiterer Baustein sind regionale Familienteams, die aus Familienhebammen und Mütterberatungspersonal gebildet werden, um bedürftige Familien zu unterstützen. Darüber hinaus werden die regionalen Netzwerke weiter entwickelt, in denen Fachleute aus unterschiedlichen Einrichtungen und Berufsgruppen - in erster Linie des Gesundheitsbereichs, der Familienförderung und der Jugendhilfe - verbindlich zusammenarbeiten. Von der Geburtsklinik wird den Familien so der Übergang in weitergehende Unterstützungsangebote erleichtert. Im Bedarfsfall können aber nicht nur Geburtskliniken, sondern auch Arztpraxen diese regionalen Familienteams in Anspruch nehmen.

„Mit dem Ausbau der Frühen Hilfen wollen wir alle Hamburger Familien mit Neugeborenen erreichen und Problemlagen erkennen, bevor diese eskalieren und sich verfestigen“, betonte **Sozial- und Familiensenator Detlef Scheele**. „Wir bieten Familien damit frühzeitig entsprechende Hilfen an. Die Aufgabe der kommenden Monate wird es sein, gemeinsam mit allen Beteiligten diese Idee erfolgreich umzusetzen.“

„Wir knüpfen eine Kette der Hilfe und Förderung von der Geburt bis in die Schule. Risiken für die gesundheitliche, seelische und soziale Entwicklung der Kinder sollen früh erkannt und beseitigt werden“, sagte **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Gerade Familienhebammen haben einen guten Zugang zu jungen Eltern und können wirkungsvolle Unterstützung leisten. Es ist mir wichtig, dass öffentlicher Gesundheitsdienst und Kinder- und Jugendhilfe sehr eng zusammenarbeiten.“

**Wesentliche Inhalte des Landeskonzepts Frühe Hilfen**

Die „Babylotsen Hamburg“ setzen in Kooperation mit den Familien bei der Anmeldung vor der Geburt im Krankenhaus an und können schon dort - ohne zu stigmatisieren - ein Hilfe- und Begleitsystem für Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf aufbauen. So kann das gesunde Aufwachsen von Kindern ermöglicht, können Elternkompetenzen gefördert und die Zusammenarbeit im Kinderschutz und in den Frühen Hilfen verbessert werden.

Um dies zu gewährleisten und um Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf frühzeitig zu erkennen, soll der erfolgreiche „Babylotsen“-Ansatz des Modells „SeeYou“, das bereits an zwei Standorten in Hamburg etabliert ist, auf alle zwölf Hamburger Geburtskliniken sowie die Geburtshäuser ausgeweitet und als Regelsystem verstetigt werden. Dabei wird mit Hilfe eines Informationsbogens ermittelt, ob und welche Familien Hilfebedarf haben.

Darüber hinaus werden die bestehenden 16 Standorte für Familienhebammen zusammen mit Mütterberatungspersonal des Öffentlichen Gesundheitsdienstes zu regionalen multiprofessionellen Familienteams mit Familienhebammen, Kinderkrankenschwestern und Sozialpädagoginnen ausgebaut. Diese regionalen Familienteams betreuen Familien mit Unterstützungsbedarfen oder vermitteln sie in das Hilfesystem weiter. Dafür kooperieren sie verbindlich mit den Geburtskliniken, den regionalen Angeboten der Frühen Hilfen, dem Gesundheits- oder auch dem Jugendamt. Zu den Aufgaben der Familienteams zählt auch, sich darum zu kümmern, dass die Kinderfrüherkennungsuntersuchungen wahrgenommen werden (bis zu U6 im zehnten bis zwölften Lebensmonat).

### **Koordination in den Bezirken**

Eine verbindliche Kooperation zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitshilfe, Schwangerschaftsberatung, Mütterberatung und den anderen Akteuren aus dem Bereich Früher Hilfen kann nur dann gelingen, wenn alle Beteiligten die Aufgaben der jeweils anderen sowie die Möglichkeiten und Grenzen der eigenen Hilfen kennen. Um eine verbindliche Zusammenarbeit gestalten zu können, werden deshalb in allen sieben Bezirken der Stadt Hamburg regionale Netzwerke Frühe Hilfen weiter entwickelt. Außerdem ernennen die Bezirke so genannte Netzwerkkoordinatoren und qualifizieren diese.

### **Kinderschutz und Chancengleichheit**

Um Kindern – unabhängig vom sozioökonomischen Status ihrer Eltern – gleiche Entwicklungschancen zu ermöglichen, wird durch den Ausbau der Frühen Hilfen ein System etabliert, das flächendeckend alle Schwangeren und Familien mit Neugeborenen und kleinen Kindern in Hamburg erreichen soll. Vor allem Eltern, deren Kinder aufgrund belastender familiärer Situation ein höheres Risiko für Fehlentwicklungen oder Vernachlässigung tragen, können dadurch verlässlicher begleitet werden. Dies umfasst auch die Unterstützung zur Wahrnehmung der Kinderfrüherkennungsuntersuchungen und deren Überprüfung sowie im Bedarfsfall kontrollierende Elemente zur Sicherung des Kindeswohls.

## **Qualifizierung und Zeitplanung**

Das Konzept umfasst verbindliche Handlungsvorgaben z. B. im Hamburgischen Hebammengesetz und in Fachanweisungen für die professionellen Akteure im Gesundheitswesen. Über ein Fachportal im Internet sowie verschiedene Fachveranstaltungen wird zudem der Informationsaustausch zwischen den Fachkräften verstetigt.

## **Finanzierung**

Für den Ausbau der Frühen Hilfen stellt der Bund finanzielle Mittel aus der Verwaltungsvereinbarung „Bundesinitiative Frühe Hilfen und Familienhebammen“ zur Verfügung. Im Jahr 2013 sind dies bis zu 1,14 Millionen Euro und ab dem Jahr 2014 bis zu 1,3 Millionen Euro jährlich. Darin enthalten sind Gelder für eine Landeskoordinationsstelle, die in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) eingerichtet wird. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat dem Hamburger Landeskonzept bereits zugestimmt und die Mittel freigegeben. Zusätzlich werden seitens der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz rund 1,8 Millionen Euro jährlich für Familienhebammenstandorte und das Einlade- und Meldewesen zur Verfügung gestellt.

Mit dem Landeskonzept Frühe Hilfen werden die in Hamburg bestehenden Angebote, die sich an schwangere Frauen, werdende Väter und Familien mit kleinen Kindern richten, verstärkt und miteinander verknüpft. So bekommt jede Familie die Hilfe angeboten, die sie für das gesunde Aufwachsen ihres Kindes und für eine Verbesserung ihrer Erziehungsfähigkeit braucht. Das Einladungs- und Meldeverfahren der Kinderfrüherkennungsuntersuchungen wird optimiert und mit dem System Früher Hilfen verbunden.

## **Überblick über Beteiligte und Maßnahmen**

Die Beteiligten der Frühen Hilfen im Überblick:

- Alle zwölf Hamburger Geburtskliniken und die Geburtshäuser;
- die Stiftung „SeeYou“ als Träger der „Babylotsen Hamburg“;
- der Deutsche Kinderschutzbund mit dem Babywillkommenspaket „Rundum Willkommen“, das in allen Geburtskliniken verteilt wird und wichtige Informationen für Eltern von Neugeborenen enthält;
- bezirkliche Dienststellen der Jugendhilfe und des Gesundheitsdienstes, Familienteams, regionale Netzwerke Frühe Hilfen mit Netzwerkkoordinatoren
- 41 Eltern-Kind-Zentren, Kindertagesstätten und weitere Einrichtungen und Projekte der Familien- und Gesundheitsförderung, die Unterstützung für Familien anbieten, insbesondere bereits bestehende Projekte Früher Hilfen, z.B. Modellprojekte und sozialräumliche Angebote.

Die Maßnahmen der Frühen Hilfen als Präventionskette im Überblick:

- Erkennen von unterstützungsbedürftigen Schwangeren/Müttern und Vätern in der Geburtsklinik durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Klinik;
- Klärung des Hilfebedarfs in der Klinik durch Fachpersonal der „Babylotsen Hamburg“;
- Mit Einverständnis der Mütter/Eltern Überleitung einer unterstützungsbedürftigen Mutter/Familie zum regionalen Familienteam, dort Identifizierung des Hilfebedarfs und ggf. Vermittlung ins Hilfesystem (passgenaue Hilfe);
- Aufsuchende Arbeit, bedarfsgerechte Begleitung der Familie sowie Hinwirken auf die Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen.
- Anbindung der Familien an Eltern-Kind-Zentren und in der Folge Kindertagesstätten, von dort wird die Unterstützung der Eltern sowie die Kontrolle der gelben Vorsorgehefte fortgesetzt.

Am 20. und 21. Februar 2013 werden Senator Scheele und Senatorin Prüfer-Storcks zum Auftakt eine Fachtagung zum Landeskonzept „Frühe Hilfen in Hamburg – guter Start für Hamburgs Kinder“ im Großen Saal Emporio am Dammtorwall 15 veranstalten, zu der auch die Medien eingeladen werden.

### **Rückfragen der Medien**

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration  
 Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |  
 Pressestelle | Nicole Serocka  
 T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |  
[pressestelle@basfi.hamburg.de](mailto:pressestelle@basfi.hamburg.de) | [www.hamburg.de/basfi](http://www.hamburg.de/basfi)

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz  
 Billstraße 80 | 20539 Hamburg |  
 Pressestelle | Rico Schmidt  
 T +49 40 428 37- 2332  
[pressestelle@bgv.hamburg.de](mailto:pressestelle@bgv.hamburg.de) | [www.hamburg.de/bgv](http://www.hamburg.de/bgv)

11. Januar 2013/basfi11

## Weniger Hürden für verschuldete Menschen

### Sozialbehörde senkte Einkommensgrenzen der Schuldnerberatung

Zum 1. Januar 2013 hat die Sozialbehörde die Einkommensgrenzen als Voraussetzung für eine kostenlose Schuldner- und Insolvenzberatung erhöht, damit mehr Menschen diese in Anspruch nehmen können als bisher. Anspruchsberechtigt sind künftig alle Menschen, die nur ein geringes Netto-Haushaltseinkommen haben oder die staatliche Leistungen beziehen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Das entspricht einer durchschnittlichen Erhöhung der Einkommensgrenzen um rund zehn Prozent.

„Ich freue mich, dass vor allem Menschen, denen nur wenig Geld im Portemonnaie bleibt, unsere Schuldner- und Insolvenzberatung verstärkt nutzen können, weil die Zugangshürden jetzt niedriger sind“, betont **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Damit haben deutlich mehr Menschen die Chance auf ein schuldenfreies Leben.“

Sechs private Beratungsträger bieten zurzeit an zehn Standorten in Hamburg eine kostenlose Schuldner- und Insolvenzberatung an dazu. Darüber hinaus gibt es auch Beratungen für Menschen, deren Nettogehalt bis zu 200 Euro oberhalb der Einkommensgrenzen liegt, die die Sozialbehörde als Voraussetzung für eine solche Beratung definiert hat. Diese Menschen müssen für eine entsprechende Beratung einmalig 150 Euro selbst bezahlen.

Berechtigt sind alle Leistungsempfänger nach dem Sozialgesetzbuch XII (bei Hilfen zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung), nach dem Sozialgesetzbuch II, nach dem Bundesversorgungsgesetz und nach dem Asylbewerber-leistungsgesetz sowie alle erwerbsfähigen Personen, deren Nettoeinkommen die festgelegten Grenzen nicht überschreitet.

Inwiefern die Stadt Hamburg die Kosten für eine Schuldner- und Insolvenzberatung vollständig oder gegen einen Eigenanteil von 150 Euro übernehmen kann, hängt von der jeweiligen Höhe des Netto-Haushaltseinkommens ab und staffelt sich nach Haushaltsgrößen. Bei einem Ein-Personen-Haushalt liegt die Grenze beispielsweise

bei rund 1.200 Euro netto im Monat für eine kostenlose Beratung (bzw. bei rund 1.400 Euro netto im Monat für eine Beratung mit Eigenanteil).

Bei einer Familie mit zwei Kindern liegt die Einkommensgrenze bei rund 2.400 Euro netto monatlich (bzw. bei rund 2.600 Euro netto im Monat für eine Beratung mit Eigenanteil).

An folgenden zehn Standorten in Hamburg gibt es jeweils eine Insolvenz- und Schuldnerberatung:

**afg worknet GmbH**

Schuldnerberatung

Max-Brauer-Allee 40, 22765 Hamburg

Tel. (040) 20 94 75 - 60

**afg worknet GmbH**

Schuldnerberatung

Paul-Ehrlich-Str. 3, 22763 Hamburg

Tel. (040) 8 55 04 66-77

**Deutsches Rotes Kreuz**

Landesverband Hamburg e.V.

Schuldner- und Insolvenzberatung

Behrmannplatz 3, 22529 Hamburg

Tel. (040) 554 20-121

**Diakonisches Werk**

Schuldnerberatung

Königstr. 54, 22767 Hamburg

Tel. (040) 30 62 03 85

**Diakonisches Werk**

Schuldnerberatung Barmbek

Wohldorfer Straße 7, 22081 Hamburg

Tel. (040) 87 87 99 70

### **Diakonisches Werk**

Schuldnerberatung Billstedt  
Schiffbeker Weg 20, 22111 Hamburg  
Tel. (040) 4 14 39 79 60

### **Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft mbH**

Schuldnerberatung  
Bahngärten 11, 22041 Hamburg  
Tel. (040) 65 80 45 00

### **Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft mbH**

Schuldnerberatung Bergedorf  
Sander Markt 12, 21031 Hamburg  
Tel. (040) 4 10 98 59-0 oder -3

### **H.S.I. Hamburger Schuldner- und Insolvenzberatung**

im Verein Kinder- und Jugendhilfe  
Geschäftsstelle Harburg  
Martin-Leuschel-Ring 14, 21073 Hamburg  
Tel. (040) 41 36 08-0

### **Verbraucher-Zentrale Hamburg**

Schuldnerberatung  
Kirchenallee 22, 20099 Hamburg  
  
Tel. (040) 2 48 32-0 oder 2 48 32-109

### **Rückfragen der Medien**

**Nicole Serocka**  
Pressestelle Senatorenbüro  
Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration  
Tel.: +49 42863 - 2889  
[pressestelle@basfi.hamburg.de](mailto:pressestelle@basfi.hamburg.de)

7. Januar 2013/bgv07

## 2012 mehr Organspenden als 2011

### Zahl der Organspenden steigt in der Hansestadt entgegen dem Bundestrend

Laut der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) spendeten im vergangenen Jahr 1046 Menschen in Deutschland ihre Organe nach ihrem Tod. Die Zahl der postmortalen Spender ging damit um 12,8 Prozent zurück. Die Zahl der gespendeten Organe lag 2012 mit 3508 ebenfalls deutlich unter dem Wert von 2011 mit 3917 Organen. In Hamburg hingegen war die Entwicklung positiv: Mit 49 Organspendern waren 14 Menschen mehr zu einer postmortalen Spende bereit als noch 2011. Die Zahl der gespendeten Organe stieg im gleichen Zeitraum ebenfalls, von 106 (2011) auf 185 (2012).

„Wir durften uns in Hamburg in 2012 über mehr Organspender freuen als noch 2011“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Damit stehen wir deutlich besser da als der Bundestrend. Aber gerade nach den jüngsten Skandalen um Organspenden dürfen wir nicht in unseren Bemühungen nachlassen, noch mehr Organspenderinnen und -spender zu gewinnen. Organspenden schenken Leben. Deshalb wollen wir die Menschen weiterhin aufklären und motivieren, sich in Solidarität mit den Patienten auf der Warteliste für die Organspende zu entscheiden.“

Als Gründe für die positiven Zahlen in Hamburg sieht die Senatorin neben den Werbe- und Aufklärungsaktionen von Behörden und Kassen auch die erfolgreiche Arbeit im Transplantationszentrum des Universitätsklinikums Eppendorf (UKE). Beispielsweise entsprechen die dort bereits etablierten interdisziplinären Fallkonferenzen dem durch die Bundesärztekammer geforderten Vier-Augen-Prinzip zur Vermeidung von Manipulationen.

„Neben der Transparenz bei der Vergabe von Organen ist aber auch ein schneller Vergabeprozess und eine qualitativ hochwertige Transplantationsmedizin wichtig. Deshalb ist es sinnvoll, die Zahl der Transplantationszentren deutlich zu reduzieren. Weniger, gut verteilte regionale Zentren können dann durch mehr Operationen und mehr Erfahrung der Mediziner einen besseren Standard bieten. Die Verteilung der Organe und die Kontrolle der Zentren wird einfacher.“

#### Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz  
Tel.: 428 37-2332

E-Mail: [pressestelle@bgv.hamburg.de](mailto:pressestelle@bgv.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/bgv](http://www.hamburg.de/bgv)

07.01.2013/bsb07

## **„Man meint aber unter Menschenrechten nichts anderes als Männerrechte“ – Landeszentrale für politische Bildung gibt Buch zur Geschichte der Hamburger Frauenbewegung heraus**

Ein Zitat von Theodor Gottlieb von Hippel haben Rita Bake und Kirsten Heinsohn als Titel für ihr neues Buch zur Geschichte der Hamburger Frauenbewegung und Frauenpolitik vom 19. Jahrhundert bis zur Neuen Hamburger Frauenbewegung Ende der 1960er Jahre gewählt:

**„Man meint aber unter Menschenrechten nichts anderes als Männerrechte“ ist ab sofort im Infoladen der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, Dammtorwall 1, gegen eine Bereitstellungspauschale von 1,- Euro erhältlich.**

Hamburg – Stadt des Handels und der Arbeiterbewegung – war auch ein bedeutendes Zentrum der Frauenbewegung. Im Stadtbild und in der Erinnerungskultur ist jedoch davon nicht mehr viel zu sehen. Ausnahmen sind z. B. die Medaillons von Emilie Wüstenfeld und Charlotte Paulsen auf der „Frauensäule“ in der Rathausdiele.

Doch wie begann diese Frauenbewegung? Wer waren die Pionierinnen und Pioniere? Wer unterstützte sie? Anhand eines roten Fadens, der das Buch auch optisch durchzieht, werden bis heute diskutierte und umkämpfte Fragen zur Gleichberechtigung der Geschlechter behandelt: Kinderbetreuung, Mädchen- und Frauenbildung, Eherecht, geschlechtergerechte Entlohnung, Schutz vor patriarchaler Gewalt, etc.

Nach wie vor sind Frauen im stärkeren Maße von Armut und Altersarmut bedroht als Männer, sind Kinder eine so genannte Armutsfalle für alleinerziehende Mütter. Nach wie vor entscheidet sich eine Vielzahl von Mädchen für Berufe, die als weniger qualifiziert als vergleichbare so genannte Männerberufe bewertet und deshalb geringer entlohnt werden.

Dieses Lese-Bilder-Buch, layoutet von Andrea Orth, eröffnet neue Perspektiven auf altbekannte Themen und auf Frauen, die diese mutig angegangen sind. Vielschichtige Quellen, wie Aufrufe, Flugblätter, Portraits, laden zum Stöbern ein und zeigen die Vielfalt und das packende Engagement dieser Frauenbewegten.

Gezeichnete Kommentare von Birgit Kiupel aus heutiger Sicht pointieren den roten Faden, der die Kontinuität der Forderungen nach einer selbstverständlichen gleichberechtigten Teilhabe der anderen Hälfte der Menschheit visualisiert. Der Königsberger Bürgermeister Theodor Gottlieb von Hippel, der Titelgeber dieses Buches, analysierte schon 1793 das Ungleichgewicht, das bis heute fort dauert. „Frauen rufen Frauen! Auch Dich!“ hieß es auf der Gründungsversammlung des Hamburger Frauenrings im April 1946. Diesen Aufruf gilt es auch heute weiterzutragen.

**Für Rückfragen der Medien:**

Dr. Rita Bake,

Tel. 040 / 4 28 23 48 04,

E-Mail: [rita.bake@bsb.hamburg.de](mailto:rita.bake@bsb.hamburg.de)

Annika Fritzsche,

Tel. 040 / 4 28 23 48 08,

E-Mail: [annika.fritzsche@bsb.hamburg.de](mailto:annika.fritzsche@bsb.hamburg.de)

10.01.2013/bsb10

## Gedenken am Höltigbaum

### Die Wandsbeker Bezirksversammlung gedenkt der Opfer der Wehrmachtjustiz

Unter dem Titel *Gedenken am Höltigbaum – Die Wandsbeker Bezirksversammlung gedenkt der Opfer der Wehrmachtjustiz*, ist in Zusammenarbeit der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg mit dem Bezirksamt Wandsbek und der Bezirksversammlung Wandsbek eine Broschüre erstellt worden, die kostenfrei im Infoladen der Landeszentrale für politische Bildung und des JIZ, Dammtorwall 1, und in der Geschäftsstelle der Bezirksversammlung Wandsbek, Schloßstraße 60, zu erhalten ist.

Grundlage der Broschüre ist eine Veranstaltung der Bezirksversammlung Wandsbek zum Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2012. In dieser Veranstaltung wurde auf die Schicksale von Deserteuren, insbesondere in den letzten Kriegswochen, eingegangen, die in einem wesentlichen Zusammenhang mit dem ehemaligen Truppenübungsplatz Höltigbaum in Hamburg Rahlstedt stehen.

Neben Redebeiträgen – u. a. des Vorsitzenden der Bezirksversammlung, der Bezirksamtsleitung und von Dr. Garbe, Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme – findet sich auch ein Interview mit einem Zeitzeugen sowie eine Dokumentation der politischen Willensbildung in Hamburg zu dieser Thematik in der Broschüre.

Hans-Joachim Klier, Vorsitzender der Bezirksversammlung Wandsbek:

„Die Idee einer Broschüre zu dieser Thematik wurde von allen beteiligten Stellen schnell und sehr gerne aufgenommen. Ich denke, die Auseinandersetzung mit diesem Kapitel des Nationalsozialismus fällt in die richtige Zeit und beleuchtet einen Bereich, der in unserer Gesellschaft noch nicht sehr bekannt ist. Die Broschüre leistet einen kleinen Beitrag zur Thematik und bietet einen guten Einstieg.“

#### Für Rückfragen der Medien:

Landeszentrale für politische Bildung

Annika Fritzsche, Tel. 040 / 4 28 23 48 08, E-Mail: [annika.fritzsche@bsb.hamburg.de](mailto:annika.fritzsche@bsb.hamburg.de)

[Geschäftsstelle der Bezirksversammlung Wandsbek](#)

[Tel. 040 / 4 28 81 34 17](tel:040428813417)

11. Januar 2013/bsb11

## **Erfolgreiches KMK-Präsidentschaftsjahr 2012 - Senator Ties Rabe zieht Bilanz**

Schulsenator Ties Rabe zog heute in Berlin Bilanz seiner Präsidentschaft in der Kultusministerkonferenz im Jahr 2012: „2012 war ein bildungspolitisch erfolgreiches Jahr. Die Kultusministerkonferenz hat die Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse zwischen den Bundesländern durch vergleichbare Abituraufgaben und klare Standards deutlich verbessert. Darüber hinaus haben die Bundesländer gemeinsam mit der Bundesregierung Initiativen zur Verbesserung der Sprachförderung an den Schulen und der Lehrerbildung eingeleitet. Diese und weitere Maßnahmen reihen sich ein in die vielfältigen Qualitätsverbesserungen des Bildungssystems durch die Kultusministerkonferenz in den letzten Jahren. Ich bin überzeugt, dass in der Schulpolitik künftig zwei Themen an Bedeutung gewinnen werden: die Verbesserung des Bildungserfolges durch besseren Unterricht und die Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf.“

Zentrale Themen des Jahres 2012 waren:

### **Bildungsstandards für die Abiturprüfung**

Ties Rabe: „Ein bildungspolitischer Meilenstein war der Beschluss zu verbindlichen Bildungsstandards und zur Einführung gleich schwerer Aufgaben für die Abiturprüfung in den Fächern Deutsch, Mathematik und fortgeführter Fremdsprache (Englisch/Französisch). Im Schuljahr 2016/17 werden erstmals bundesweit gleich schwere Abiturprüfungen in den zentralen Fächern entsprechend der neuen Bildungsstandards zum Einsatz kommen. Dazu wird ein Aufgabenpool mit wissenschaftlich überprüften und gleich schweren Abituraufgaben in den zentralen Fächern eingerichtet.“

Die verbindlich geltenden Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife wurden vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in Zusammenarbeit mit Fachleuten der Länder, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und einer von der Kultusministerkonferenz eingesetzten Steuerungsgruppe entwickelt.

Damit hat die Kultusministerkonferenz einheitliche Leistungsanforderungen für die gymnasiale Oberstufe und das Abitur in allen 16 Bundesländern festgelegt. „Von der Grundschule bis zum Abitur liegen damit bundesweit geltende Bildungsstandards für die zentralen Fächer vor. Damit verbessern die Länder die Qualität des Unterrichts und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse. Das ist sicher ein großer Schritt für das deutsche Schulwesen“, erklärte Ties Rabe. Die Länder haben inzwischen mit den Vorbereitungen zur Implementierung der Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife begonnen, die ab dem Schuljahr 2014/2015 in der gymnasialen Oberstufe aufwachsend umgesetzt werden.

### **Sprachförderung**

Aufgrund des wachsenden Anteils von Kindern mit Sprachproblemen haben die Bundesländer in den vergangenen Jahren die Sprachförderung erheblich ausgebaut. Um die Qualität dieser neuen

Sprachfördermaßnahmen zu überprüfen und zu verbessern, haben Bund und Länder im Oktober 2012 die Initiative "Bildung durch Sprache und Schrift (BISS)" beschlossen. Damit wird ein fünfjähriges Forschungs- und Entwicklungsprogramm auf den Weg gebracht, das die sprachliche Bildung von Kindern sowie die Angebote zur Sprachförderung, Sprachdiagnostik und Leseförderung wissenschaftlich überprüft und weiterentwickelt. Darüber hinaus unterstützt das Programm die Fort- und Weiterqualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrkräfte. „BISS“ wird zu Beginn des Schuljahres 2013/2014 in Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und weiterführenden Schulen umgesetzt.

### **Lehrerbildung**

Gemeinsam mit der Bundesregierung wurden im Jahr 2012 Schritte für ein Programm zur Verbesserung der Lehrerbildung erörtert. Ties Rabe: „Die Gespräche sind auf einem guten Wege. Denn die Verbesserung der Lehrerbildung an den Universitäten ist seit langem Thema der Kultusministerkonferenz. Die Ausbildung braucht mehr Praxisbezüge und muss auf Veränderungen in der Schulwelt wie zum Beispiel die Unterschiedlichkeit der Lerngruppen, ganztägiges Lernen und die Inklusion abgestimmt werden.“ Rabe betont weiterhin: „Schon jetzt nutzen zahlreiche Studenten, Referendare und Lehrer die umfassenden Möglichkeiten zum Wechsel zwischen Universitäten und Bundesländern. Zur Beseitigung letzter Verwaltungshürden in Einzelfällen will die Kultusministerkonferenz im nächsten Jahr ein Verfahren vorschlagen.“

### **Schwerpunktthema Übergang Schule-Beruf**

Der Übergang von der Schule in den Beruf war ein Schwerpunktthema im Präsidentschaftsjahr 2012. Der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland (Ausbildungspakt) vereinbarte im November, die vielfältigen Angebote im Übergangsbereich besser aufeinander abzustimmen und zu bündeln. Auf Initiative des Präsidenten fand Ende November die Fachtagung „Grenzen überwinden – Zusammenarbeit organisieren“ statt, um die länderübergreifende Zusammenarbeit zu verbessern.

Ties Rabe: „Viel zu viele Jugendliche finden direkt nach der Schule keinen Ausbildungsplatz. Wir brauchen deshalb eine hohe Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und Unternehmen, aber auch eine Reihe schulischer Veränderungen. An den allgemeinen Schulen muss eine umfassende Berufsorientierung eingeführt werden, um junge Menschen auf den Beruf vorzubereiten. Darüber hinaus müssen die zahlreichen Angebote für Schulabgänger ohne Ausbildungsplatz gebündelt und konsequent mit praktischer Tätigkeit in Betrieben und Unternehmen verzahnt werden, um aus den bestehenden „Warteschleifen“ Brücken in die Ausbildung zu machen. Vor allem müssen die vielfältigen Beratungsangebote der zahlreichen öffentlichen Einrichtungen für Jugendliche besser koordiniert werden, damit kein Jugendlicher mehr durch das Raster fällt. Um die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu erhöhen, sollte leistungsstarken Jugendlichen zusätzlich zum beruflichen Abschluss der Erwerb des nächsthöheren Schulabschlusses angeboten werden.“ Die Ergebnisse der Fachtagung werden 2013 in die weitere Arbeit des Ausbildungspakts eingebracht.

### **Dialogorientiertes Serviceverfahren der Stiftung für Hochschulzulassung**

Zum Wintersemester 2012/2013 sind erstmals Studienplätze in begehrten Numerus-Clausus-Fächern mit Hilfe eines neuen bundesweiten Bewerbungsportals via Internet vergeben worden. Damit ist der Pilotbetrieb des „Dialogorientierten Serviceverfahrens“ (DoSV) erfolgreich gestartet. Dabei werden die Bewerbungen in einer Datenbank erfasst und abgeglichen. Das Verfahren sorgt dafür, dass bei der Annahme eines Studienplatzes Mehrfachbewerbungen an den übrigen Hochschulen nicht länger blockiert und die somit frei werdenden Plätze schneller an andere Bewerber vergeben werden können. So wird verhindert, dass zu Semesterbeginn Studienplätze frei bleiben. Die Kultusministerkonferenz sichert die Finanzierung des DoSV bis zum Anschluss einer Mehrzahl der Hochschulen in staatlicher Verantwortung bis Ende 2013. Da der Erfolg des Systems wesentlich von der Beteiligung weiterer

Hochschulen abhängt, wirken die Länder mit Nachdruck darauf hin, dass sich ihre Hochschulen mit den zulassungsbeschränkten Studiengängen zum Wintersemester 2013/2014 am DoSV beteiligen.

### **Kulturelle Bildung**

Kulturelle Bildung war ein Schwerpunktthema im Jahr 2012. In einem Kaminesgespräch mit Künstlerinnen und Künstlern sowie Vertretern von Verbänden wurde über verstärkte Kooperationen mit dem Schulbereich, beispielsweise im Rahmen von Ganztagsangeboten, beraten. „Kulturelle/musisch-ästhetische Bildung im Lebenslauf“ war auch das Schwerpunktkapitel des Bildungsberichts 2012. Ties Rabe: „Kulturelle Bildung ist für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen von entscheidender Bedeutung. Wir müssen darauf achten, dass angesichts der Fokussierung der zahlreichen Lernuntersuchungen auf die Kernfächer diese wichtige Dimension schulischer Bildung nicht verloren geht“, betonte Ties Rabe. „Wir werden den Dialog auch 2013 weiter fortsetzen. Bereits Ende Januar findet eine zweitägige Fachtagung der Stiftung Mercator und der Kultusministerkonferenz in Essen statt mit dem Ziel, konkrete Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Schule und Kultur in den Ländern aufzuzeigen.“

Für Rückfragen der Medien:

### **Behörde für Schule und Berufsbildung**

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: [peter.albrecht@bsb.hamburg.de](mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de),

Internet: [www.hamburg.de/bsb](http://www.hamburg.de/bsb)

7. Januar 2013/bsu07

## 8731 genehmigte Wohneinheiten im Jahr 2012

### Neuer Schwung für den Wohnungsbau in Hamburg

**Im vergangenen Jahr haben die Hamburger Bezirke den Neubau von insgesamt 8731 Wohnungen genehmigt. Damit ist das im „Vertrag für Hamburg“ zwischen Senat und Bezirken vereinbarte Ziel – jedes Jahr 6000 Wohnungen auf den Weg zu bringen – 2012 bei weitem übertroffen worden.**

Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau: „Dieser neue Schwung im Wohnungsneubau in Hamburg ist ein gemeinsamer Erfolg aller Beteiligten – der Bezirke genauso wie unserer Partner aus der Wohnungswirtschaft im Bündnis für das Wohnen. Auf dieses Ergebnis können wir alle stolz sein. Jetzt kommt es darauf an, dass daraus auch attraktive und bezahlbare Wohnungen werden. Wohnungen zu bauen, ist die einzig wirksame Maßnahme gegen die angespannte Lage am Wohnungsmarkt.“

Die meisten Wohneinheiten wurden im Bezirk Hamburg-Nord mit 2023 genehmigt, dahinter folgen der Bezirk Altona mit 1856 genehmigten Wohneinheiten und der Bezirk Wandsbek mit 1374 Wohneinheiten.

#### Genehmigte Wohneinheiten 2012

Hamburg- Mitte:	1004
Altona:	1856
Eimsbüttel:	1223
Hamburg-Nord:	2023
Wandsbek:	1374
Bergedorf:	469
Harburg:	744
Mitte:	1004
Nord:	2023
Wandsbek:	1374
Summe:	8731

Im Bezirk Nord bestimmen zurzeit viele kleinere Projekte die hohe Genehmigungszahl. Zu den größeren gehören unter anderem die Vorhaben „Dorothea-Kasten-Straße“ mit 132 Wohneinheiten und „Osterbekstraße“ mit 98 Wohnungen. Mit großen zukünftigen Bauvorhaben wird der Bezirk wohl auch künftig im Spitzenfeld bleiben. Dazu gehören zum Beispiel das „Pergolenviertel“ mit insgesamt 1350 Wohnungen und einem geplanten Anteil von 60% öffentlich geförderten Wohneinheiten oder das Quartier „Alsterberg“ mit 240 Wohnungen, wovon 30- 50% gefördert werden.

Im Bezirk Altona werden beispielsweise 175 geförderte Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung im „Jan-Külper-Weg“ errichtet. Im Projekt „Wohnen am Suttnerpark“ entstehen 165 Wohnungen, davon sind mehr als zwei Drittel öffentlich gefördert und werden mit einer Nettokaltmiete von 5,90 Euro pro m<sup>2</sup> vermietet. Ein Großteil der insgesamt 680 Wohneinheiten in der Jürgen-Töpfer-Straße in Othmarschen (sog. Othmarschenpark) wurde genehmigt (es stehen noch einige Genehmigungen aus).

Im Bezirk Wandsbek entstehen unter anderem 190 Wohneinheiten an der „Tonndorfer Hauptstraße“, 57 weitere werden im „Berner Heerweg“ errichtet. An der Greifenberger Straße 50 entstehen 45 Wohnungen im Rahmen des Projekts „Servicewohnen“ in Rahlstedt. Darüber hinaus gibt es neben den großen Wohnungsbauprojekten zahlreiche kleinere Bauvorhaben, z. B. im Rahmen der Nachverdichtung, die maßgeblich zu Erreichung der vereinbarten Genehmigungszahlen beitragen.

In Harburg wurden 106 Wohnungen an der Grumbrechtstraße genehmigt, 83 weitere an der Homannstraße und jüngst 40 neue Wohnungen an der Bremer Straße.

**Mehr dazu im Internet unter: [www.hamburg.de/wohnungsbau](http://www.hamburg.de/wohnungsbau)**



**Kontakt:** Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Kerstin Graupner, T: (040)42840-2051; [pressestelle@bsu.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsu.hamburg.de)

8. Januar 2013/bsu08

## Dritter Sozialmonitoring-Bericht veröffentlicht

### Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt setzt Beobachtung der sozialen Entwicklung der Hamburger Stadtgebiete fort

Der dritte Sozialmonitoring-Bericht 2012 erlaubt eine verbesserte stadtweite und vergleichende Betrachtung von kleinräumigen Daten zur Sozialstruktur in den Hamburger Stadtteilen und Quartieren. Die BSU setzt damit die kontinuierliche Stadtteilbeobachtung mit dem Ziel, Tendenzen zur sozialen Polarisierung frühzeitig zu erkennen, fort. Mit dem Sozialmonitoring werden die Grundlagen für eine solidarische Stadtpolitik gelegt und Hamburg kann ungewollten Segregations- und Polarisierungsprozessen konsequenter begegnen. Die Ergebnisse des vorliegenden Berichts zeigen, dass die innerstädtischen Unterschiede im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben sind.

**Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt Jutta Blankau:** „Mit Hilfe des Sozialmonitorings können wir frühzeitig soziale Problemlagen und kritische Entwicklungen in Hamburger Stadtteilen erkennen und ihnen gezielt begegnen. So verhindern wir frühzeitig, dass die Menschen, die dort leben, von der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung abgekoppelt werden.“

Die im Sozialmonitoring betrachteten Indikatoren werden mithilfe eines Indexverfahrens vergleichbar gemacht und für jedes Gebiet aktuell (als „Status“) sowie im zeitlichen Verlauf (als „Dynamik“) betrachtet. Die errechneten Werte erlauben eine Einschätzung, wie weit einzelne betrachtete Gebiete vom gesamtstädtischen Durchschnitt abweichen.

Der von der HafenCity Universität im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt erarbeitete Sozialmonitoring-Bericht zeigt, dass die Gebiete mit „niedrigem“ und „sehr niedrigem“ Status auch 2012 überwiegend am östlichen Stadtrand (Billstedt, Horn, Jenfeld), südlich der Elbe (Wilhelmsburg, Harburg), am westlichen Stadtrand (Osdorf, Lurup) und in der westlichen inneren Stadt (St. Pauli und Altona-Altstadt) sowie in den Stadtteilen Dulsberg und Steilshoop liegen. Von den 833 untersuchten Gebieten weisen 78 (statt 81 in 2011) einen „sehr niedrigen“ Status auf, 71 (statt 70 Gebiete in 2011) zeigen einen „niedrigen“ Status.

2010 wurde das Sozialmonitoring als Instrument der kleinräumigen Stadtbeobachtung eingeführt. Der Nutzen zeigt sich auf verschiedenen Ebenen: Zum einen schafft das Sozialmonitoring eine transparente Grundlage für die Förderung bestimmter Stadtteile aus dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE). Zurzeit sind dies hamburgweit über 50 Gebiete, im letzten Jahr kam unter anderem aufgrund der Ergebnisse des Sozialmonitorings auch der Stadtteil Neuallermöhe hinzu. Zum anderen kann der komplexe Sachverhalt der sozialen Ungleichheit in der Stadt anschaulich in Karten

dargestellt werden. Die Daten und Analysen dienen als Basis und Orientierung für die sozialraumorientierten Aufgaben und Programme der Fachbehörden und Bezirksämter.

Der Sozialmonitoring-Bericht 2012 sowie weitere Karten und Informationen sind unter <http://www.hamburg.de/sozialmonitoring> abrufbar.

#### **Hintergrund: Sozialmonitoring - Methodik**

Das Sozialmonitoring ist ein kleinräumiges, datengestütztes Stadtbeobachtungssystem. Räumliche Basis bilden 833 Statistische Gebiete. Statistische Gebiete sind kleinräumige Gebietseinheiten mit durchschnittlich ca. 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Sie sind nach städtebaulichen und sozialstrukturellen Homogenitätskriterien im Anschluss an die Volkszählung 1987 gebildet worden und lassen sich zu Stadtteilen zusammenfassen. In die Untersuchung fließen aus methodischen Gründen nur Statistische Gebiete mit mehr als 300 Einwohnerinnen und Einwohnern ein.

Im Sozialmonitoring werden sieben sogenannte „Aufmerksamkeitsindikatoren“ betrachtet. Dazu zählen Daten zu Bevölkerungs- und Haushaltsstrukturen, zum Transferleistungsbezug und zu Bildungsabschlüssen. Diese werden jeweils unter dem Gesichtspunkt des Status Quo und der Entwicklung in den vergangenen drei Jahren untersucht. Die Indikatoren werden mit Hilfe eines statistischen Berechnungsverfahrens zu einem „Statusindex“ sowie einem „Dynamikindex“ zusammengefasst. Es werden vier Status- und drei Dynamikklassen unterschieden („hoch“, „mittel“, „niedrig“, „sehr niedrig“ bzw. „positiv“, „stabil“, „negativ“). Bei den Dynamikindikatoren wurden in diesem Jahr aufgrund verbesserter Datengrundlagen sechs statt vormals vier Entwicklungsvariablen betrachtet.

Als neues Element ist im diesjährigen Sozialmonitoring-Bericht die räumliche Verteilung von demografischen Hintergründen sowie Wanderungsbewegungen kleinräumig abgebildet. Gerade die Wanderungen sind für die Quartiersentwicklung von besonderer Bedeutung, da nicht nur erkennbar ist, ob ein Quartier Bevölkerung gewinnt oder verliert, sondern auch, welchen Umfang die Fluktuation im Verhältnis zur Bevölkerung insgesamt einnimmt. Daraus lassen sich indirekt Rückschlüsse auf die Stabilität der sozialen Strukturen ziehen.

#### **Rückfragen:**

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt; Kerstin Graupner; Tel. 040/42840-2051; [pressestelle@bsu.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsu.hamburg.de)

9. Januar 2013/bsu09

## Neues Förderprogramm für Studierende und Auszubildende in Mümmelmannsberg

**Mit einem neuen Förderprogramm unterstützt die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) die Versorgung von Studierenden und Auszubildenden mit Wohnraum in Hamburg. Die neue Richtlinie zur Förderung des Wohnens für Studierende und Auszubildende in Mümmelmannsberg ist Anfang des Jahres in Kraft getreten. Die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt (WK) fördert dabei die Neuvermietung von Wohnraum in Mümmelmannsberg.**

Das Förderprinzip ist, dass die Wohnungs- oder Zimmermiete für Studierende und Auszubildende auf 224 Euro „herunter subventioniert“ wird. Dieser Betrag entspricht dem Bedarf für die Unterkunft eines Studierenden nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Die Zuschüsse fließen dabei an den Vermieter. Voraussetzungen für eine Förderung sind:

- die Immatrikulation an einer anerkannten Hamburger Hochschule oder
- der Besuch einer Hamburger Berufsakademie oder
- die Ausbildung in einem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf, die mindestens teilweise in Hamburg erfolgt und
- die Anmeldung des Erstwohnsitzes für die geförderte Wohnung.

Es gibt keine Altersbegrenzung oder Begrenzung der Wohndauer. Die Förderung entfällt aber, wenn der Status als Studierender oder Auszubildender endet. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht. Der Antrag auf Förderung muss vom Vermieter gestellt werden. Für das Programm, das zunächst bis Ende 2017 befristet ist, stehen 200.000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Bis zu 200 Studierende und Auszubildende sollen so ein Zimmer in einer als Wohngemeinschaft genutzten Wohnung bekommen.

Zusammen mit den bereits bestehenden Förderprogrammen „Wohnen für Studierende und Auszubildende auf der Veddel“, „Wohnen für Studierende und Auszubildende in Wilhelmsburg (Reiherstiegviertel)“ und „Wohnen für Studierende und Auszubildende in Hamburg-Süd“ stellt der Senat nun insgesamt 1,0 Mio. Euro pro Jahr als Mietsubvention für Studierende und Auszubildende zur Verfügung.

Alle Förderrichtlinien stehen auf der Internetseite der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt zum Download zur Verfügung ([www.wk-hamburg.de](http://www.wk-hamburg.de)).

### Rückfragen

Pressestelle Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt; Kerstin Graupner;  
040/42840-3249; [pressestelle@bsu.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsu.hamburg.de)

Tel.

10. Januar 2013/bsu10

## Wind und Sonnenstrom auf einen Blick

### Energieportal Hamburg seit heute online

Die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau und der Technische Geschäftsführer der Vattenfall Stromnetz Hamburg GmbH, Dr. Dietrich Graf, haben am Donnerstag das gemeinsame Energieportal live geschaltet. Unter der Internetadresse [www.energieportal-hamburg.de](http://www.energieportal-hamburg.de) beantwortet das Portal Fragen wie: „Wann steht Altona auf?“ oder auch „Wann steht Windstrom zum Waschen zur Verfügung?“

Als eines der weltweit ersten Portale dieser Art gibt die Seite mittels grafischer Darstellungen und umfangreicher Erläuterungen Auskunft über den Stromverbrauch sowie die Erzeugung in der Stadt Hamburg – und zwar sowohl für die Stadt als Ganzes als auch für jeden der Bezirke. Besucher der Seite können sich die aktuellen Live-Werte für Verbrauch und Erzeugung sowie deren historischen Verlauf anzeigen lassen. Auch Informationen zum Zubau regenerativer Energieerzeugungsanlagen in der Hansestadt oder die Darstellung der aktuellen und prognostizierten Stromerzeugung aus Windkraft und Sonnenenergie sind Bestandteil des Portals. Der Besucher der Seite erhält so die Möglichkeit, seinen Strom dann zu verbrauchen, wenn physikalisch besonders viel „grüner“ Strom aus der Region im Netz ist.

**Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau:** „Mit intelligenten Stromnetzen können wir dafür sorgen, dass der Strom genau dann verbraucht wird, wenn Sonne und Wind ihn produzieren. Das ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher am günstigsten.“

**Technischer Geschäftsführer der Vattenfall Stromnetz Hamburg GmbH, Dr. Dietrich Graf:** „Transparenz über Energieentstehung und -verbrauch sind Voraussetzungen für eine erfolgreiche Energiewende. Daran kann sich auch jeder Kunde beteiligen und mit seinem Verhalten mithelfen, den regenerativen Strom dann zu verbrauchen, wenn er anfällt. Mit diesem neuen Energieportal leisten wir einen weiteren Beitrag, um das Bewusstsein für diese Themen in Hamburg zu erhöhen.“

Eine konkrete Maßnahme, um den individuellen Stromverbrauch sichtbar zu machen, sind sogenannte Smart Meter. Diese intelligenten Stromzähler wurden in drei Hamburger Schulen installiert. Das Energieportal stellt die Verbrauchs- und Erzeugungsdaten der beteiligten Schulen minutengenau und in Echtzeit dar und unterstützt die Lehrer damit bei Ihrer Arbeit.

Das Energieportal Hamburg ist eine gemeinsame Internetseite Seite der neuen Netzgesellschaft, an der die Freie Hansestadt Hamburg und Vattenfall beteiligt sind. Die Daten werden vom Hamburger Verteilnetzbetreiber zusammengestellt und veröffentlicht. Die demografischen Daten stammen aus Veröffentlichungen des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

**Rückfragen:**

Kerstin Graupner, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, 040/42840-2051; [pressestelle@bsu.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsu.hamburg.de)

10. Januar 2013/bwf10

## TU Hamburg-Harburg im EXIST-Wettbewerb Gründerhochschule ausgezeichnet

### Stapelfeldt: Weiterer Beleg für die erfolgreiche Arbeit Hamburger Hochschulen

Die Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH) wurde als eine von bundesweit 12 Hochschulen im Wettbewerb „EXIST-Gründungskultur – Die Gründerhochschule“ ausgezeichnet und erhält in diesem Zusammenhang in den kommenden 5 Jahren Fördermittel des Bundes von 2,7 Mio. Euro. Damit wird die hervorragende Arbeit der Hamburger Hochschulen ein weiteres Mal bundesweit gewürdigt, nachdem bereits bei der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder im vergangenen Jahr zwei Forschungscluster aus Hamburg erfolgreich waren. Zugleich ist dies ein weiterer Schritt auf dem Weg Hamburg zu einer Innovationshauptstadt Europas.

Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt beglückwünscht die TUHH und die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der Hochschule zu diesem großen Erfolg. „Die TU Hamburg-Harburg hat mit ihrer verstärkten Förderung von Unternehmensgründungen aus der Hochschule heraus einen richtigen Weg beschritten, der für innovative, wissensbasierte Start-ups in Hamburg beste Voraussetzungen schafft.

Hierzu gehört auch die Realisierung eines „InnovationsCampus for Green Technologies“ (ICGT) in Harburg, eines vom Senat mit erheblichen finanziellen Mitteln unterstützten Gemeinschaftsprojektes der TUHH und der TUTech Innovation GmbH. Das ICGT war von Anfang an als wesentliches Element des Strategiekonzepts der TUHH zur Entwicklung zu einer „Gründerhochschule“ geplant. Zugleich ist dessen Gründung prägendes Element der Bewerbung der TUHH beim Wettbewerb „EXIST-Gründungskultur – Die Gründerhochschule“.

Ich freue mich sehr, dass die Strategie der TUHH zur Gründungsprofilierung nun bundesweit anerkannt und ausgezeichnet wurde.“

#### **Rückfragen:**

Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Norbert König

Tel: 040/42863-3276, E-Mail: [norbert.koenig@bwf.hamburg.de](mailto:norbert.koenig@bwf.hamburg.de)

10. Januar 2013/bwvi10

## Ausbau der A 7

### Baurecht für den Abschnitt Schnelsen ist erteilt

Am 17. Dezember 2012 wurde der erste Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau der A 7 auf Hamburger Gebiet erteilt. Er gilt für den Abschnitt Schnelsen von der hamburgischen Landesgrenze bis südlich des Autobahndreiecks Hamburg-Nordwest. Auf dieser Strecke mit einer Länge von rund vier Kilometern Länge ist der Ausbau auf sechs Spuren vorgesehen. Der Beschluss umfasst auch den Bau eines rund 560 Meter langen Autobahntunnels südlich der Anschlussstelle Hamburg-Schnelsen. Damit soll optimaler Lärmschutz für die an der Autobahn wohnenden Hamburgerinnen und Hamburger erreicht und mitten in Schnelsen eine neue Grünfläche über der Autobahn geschaffen werden.

Der 6-streifige Ausbau auf Hamburger Gebiet ist Teil des länderübergreifenden ÖPP-Ausbauprojektes vom Autobahndreieck Hamburg-Nordwest bis zum Autobahndreieck Bordsesholm. Insgesamt ist dieses Teilstück der A 7 rund 65 Kilometer lang.

Der Planfeststellungsbeschluss wird jetzt der Öffentlichkeit bekannt gegeben über die nächsten Ausgaben des hamburgischen Amtlichen Anzeigers und des schleswig-holsteinischen Amtsblattes. Vom 28. Januar 2013 bis 11. Februar 2013 erfolgt die öffentliche Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses im Bezirksamt Eimsbüttel und im Rathaus der Stadt Quickborn. Darüber hinaus erhalten alle Einwender, Behörden und Träger öffentlicher Belange den Planfeststellungsbeschluss zur Kenntnis, über deren Einwendungen und Stellungnahmen entschieden worden ist.

Senator Frank Horch: „Hamburg und Schleswig-Holstein treiben die Planungen zum Ausbau der A 7 in allen Abschnitten mit Hochdruck voran. Mit dem Planfeststellungsbeschluss für Schnelsen haben wir jetzt ein wichtiges Zwischenziel erreicht, das einen Baubeginn im nächsten Jahr möglich macht.“

Informationen zum Planfeststellungsverfahren sind im Internet verfügbar unter

<http://www.hamburg.de/np-planfeststellungsverfahren/>

Der Planfeststellungsbeschluss wird nach Veröffentlichung in den Amtsblättern ebenfalls ins Internet gestellt.

Weitere Informationen u. a. auch zum Ausbau der A 7 auf hamburgischem Gebiet finden Sie unter

<http://hamburgerdeckel.de>

#### **Rückfragen der Medien an:**

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation  
Helma Krstanoski, Tel.: 040-42841-1326  
E-Mail: [pressestelle@bwvi.hamburg.de](mailto:pressestelle@bwvi.hamburg.de)  
Internet: [www.hamburg.de/bwvi](http://www.hamburg.de/bwvi)



10. Januar 2013/bwvi10a

## Bündnis für den Mittelstand

**Mittelständische Unternehmen in Industrie und in Dienstleistungsbereichen, im Handwerk und in den Freien Berufen sowie die dort Beschäftigten leisten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg. Selbstständigkeit und Unternehmertum sind Garanten für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung in der Stadt.**

Das „Bündnis für den Mittelstand“ ist die gemeinsame Plattform der Handelskammer Hamburg, der Handwerkskammer Hamburg, des Verbandes Freier Berufe und des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg zur Förderung und Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Leistungskraft des Mittelstands und damit zur Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Ziel ist es, Hamburgs Position in Deutschland als attraktiven Standort für Selbstständige und mittelständische Unternehmen zu festigen und auszubauen. Heute wurde die Vereinbarung von den Partnern im Rathaus unterschrieben.

Die Statements zum Bündnis im Einzelnen:

Bürgermeister Olaf Scholz: „Hamburgs Wirtschaft ist in vielen Branchen erfolgreich und in besonderem Maße mittelständisch geprägt. Wir fühlen uns dem Wirtschaftsstandort Hamburg und den hier Beschäftigten verpflichtet. In diesem Sinne besiegeln wir heute ein weiteres Ergebnis guter Zusammenarbeit. Das Bündnis, das wir heute schließen, fügt sich in eine Reihe weiterer erfolgreicher Kooperationen ein. Dazu gehören zum Beispiel der Masterplan Handwerk oder die InnovationsAllianz.“

Senator Frank Horch: „Ein Standort kann auf Dauer nur dann konkurrenzfähig sein, wenn er die besten Rahmenbedingungen bietet. Innovationsqualität und Innovationskompetenz spielen in der Wirtschaftspolitik des Hamburger Senats eine herausragende Rolle. Zur Sicherung der Zukunft von Hamburgs Position, ist es wichtig, innovative, technologieorientierte Unternehmensgründungen zu fördern. Sie leisten wichtige Beiträge zur Steigerung von Produktivität und Wirtschaftswachstum. Handlungsbedarf besteht hier insbesondere darin, die Finanzierungssituation junger innovativer Kleinunternehmen, die dem Hochschulbereich oft sehr nahe stehen, nachhaltig zu verbessern. Um diesen Unternehmen das dringend benötigte, aber am Markt nicht angebotene Risikokapital zugänglich zu machen, haben wir unterschiedliche Maßnahmen entwickelt.“

Fritz Horst Melsheimer, Präses der Handelskammer Hamburg, nannte als wichtiges gemeinsames Ziel, die Einfuhrumsatzsteuer künftig nicht mehr vorab, sondern nachträglich zu erheben. Man wolle das

Bundesfinanzministerium hier überzeugen. Die bisherige Regelung schwäche die Liquidität der betroffenen Unternehmen und sei gerade für den Mittelstand ein Problem. Das, so Melsheimer, hätte noch einen weiteren Vorteil: „Die Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens stiege – der Hafen Rotterdam etwa wirbt derzeit mit der dort geltenden liquiditätsschonenden Regelung aktiv bei Importeuren.“

Hjalmar Stemmann, Vizepräsident der Handwerkskammer Hamburg erläutert: "Mit dem Bündnis für den Mittelstand haben wir ein nachhaltig wirksames Arbeitsprogramm geschaffen. Das ist ein gutes Signal, es zeigt: Die Stadt Hamburg und die drei Organisationen der mittelständischen Wirtschaft ziehen an einem Strang. Ein wichtiger Punkt ist uns dabei das Gewerbeflächenmanagement. In fast allen Bezirken gibt es nur noch wenige für uns geeignete Flächen. Um die Abwanderung von Betrieben zu verhindern, müssen die Bezirke mehr bestehende Gewerbegebiete erhalten und neue ausweisen. Dafür soll nun ein effektives und transparentes Anreizsystem entwickelt werden. Ziel ist, dass ein Vorrat an sofort verfügbaren städtischen Flächen von 100 Hektar außerhalb des Hafens zur Verfügung steht."

Ute Mascher, Vorsitzende des Verband Freier Berufe in der Freien und Hansestadt Hamburg e.V.: "Ein innovativer, lebendiger und dynamischer Wirtschaftsstandort braucht ein partnerschaftliches Miteinander aller Wirtschaftsbereiche des Hamburger Mittelstandes. Das vorliegende Bündnis mit den verabredeten Maßnahmen leistet hierfür einen wichtigen Beitrag. Ein zentrales Anliegen der Hamburger Freien Berufe - als Teil des Mittelstandes und Partner der gewerblichen Wirtschaft – ist die Förderung und Pflege einer Kultur der Selbstständigkeit. Ein wichtiger Baustein ist insoweit die verabredete Verbesserung der Finanzierung von kleinen und jungen Unternehmen."

Das Papier finden Sie im Anschluss an die Pressekonferenz zum Download auf der Internetseite: [www.hamburg.de/bwvi](http://www.hamburg.de/bwvi)

**Rückfragen:**

Susanne Meinecke

Pressesprecherin der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Telefon: +49 40 42841 2239

[Susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de](mailto:Susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de)

11. Januar 2013/fb11

Finanzministerium  
des Landes  
Schleswig-Holstein



## Wechsel im Aufsichtsrat der HSH Nordbank

### Länder schlagen Dr. Thomas Mirow als Nachfolger von Hilmar Kopper vor

Die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein schlagen Dr. Thomas Mirow für die Nachfolge von Hilmar Kopper im Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden vor. Thomas Mirow war von 1991 bis 2001 Hamburger Senator, zuletzt verantwortlich für das Wirtschaftsressort. Von 2001 bis 2005 arbeitete er in der privaten Wirtschaft, wurde dann von Bundeskanzler Schröder zum Leiter der Wirtschaftsabteilung im Kanzleramt berufen und wirkte von November 2005 bis Juni 2008 als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, u.a. mit der Zuständigkeit für Finanzmarktregulierung und Währungspolitik. Von 2008 bis Mitte 2012 war Mirow Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Ab März 2013 soll Mirow die Aufgaben von Hilmar Kopper wahrnehmen, der das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden am 1. Juli 2009 bereits in der Annahme übernommen hatte, dieses – auch im Hinblick auf sein Alter – vor Ablauf der regulären Amtszeit an einen geeigneten Nachfolger zu übergeben. Finanzministerin Heinold und Senator Dr. Tschentscher bedankten sich ausdrücklich bei Herrn Kopper für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit. Herr Kopper habe 2009 auf Wunsch der Länder die schwierige Aufgabe des Aufsichtsratsvorsitzenden übernommen, zusammen mit einem neuen Vorstand die innere Ordnung der HSH Nordbank hergestellt und ihre Neuausrichtung sowie ihr neues Geschäftsmodell als „Bank für Unternehmer“ maßgeblich mit vorangetrieben.

Heinold und Tschentscher dankten Mirow für die Bereitschaft, das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden der HSH Nordbank zu übernehmen. Er bringe für diese Aufgabe wertvolle Erfahrungen mit: seine langjährige Kenntnis von Wirtschaft und Politik in Norddeutschland, umfangreiche Erfahrungen in Aufsichtsräten, eine profunde Expertise im Bereich der Finanzmärkte und die Vertrautheit mit allen Institutionen der Finanzmarktaufsicht in Deutschland und Europa.

Mirow erklärte zu seiner neuen Aufgabe: „Mir ist sehr bewusst, dass vor der HSH Nordbank eine weitere, sehr schwierige Wegstrecke liegt. Aber es steht für die Steuerzahler im Norden wie auch für die Wirtschaft in unserer Region viel auf dem Spiel. Ich will deshalb gerne das mir Mögliche tun, damit die HSH in eine stabile Zukunft geführt werden kann.“

Wie bereits bekannt, soll auch Thomas Losse-Müller Mitglied des Aufsichtsrates werden. Losse-Müller war viele Jahre im Risikomanagement einer Investmentbank und für die Weltbank in Washington D.C. tätig und ist als Staatssekretär für die Beteiligungsverwaltung des Landes Schleswig-Holstein zuständig.

**Rückfragen:**

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker  
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556  
E-Mail: [daniel.stricker@fb.hamburg.de](mailto:daniel.stricker@fb.hamburg.de)

Pressestelle des Finanzministeriums Schleswig-Holstein, Sebastian Schaffer  
Telefon (0431) 988 3906, Telefax (0431) 988 616 3906  
E-Mail: [sebastian.schaffer@fimi.landsh.de](mailto:sebastian.schaffer@fimi.landsh.de)

8. Januar 2013/jb08

## Verbesserte Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität

### Senat konzentriert Zuständigkeiten in Behörden und bei Gericht

**Der Senat will konsequenter gegen die Wirtschaftskriminalität in Hamburg vorgehen. Wenn Unternehmen rechtswidrig Vermögensvorteile erzielen, sollen diese häufiger als bisher abgeschöpft werden. Entscheidungen, die der Vermögensabschöpfung bei bestimmten bedeutsamen Ordnungswidrigkeiten dienen, sollen zukünftig zentral in der Behörde für Inneres und Sport bearbeitet werden können. Eine entsprechende Verordnung hat der Senat heute verabschiedet. Einschlägige Gerichtsverfahren werden am Amtsgericht Hamburg-Mitte konzentriert.**

„Kriminelles Unrecht darf sich nicht lohnen. Eine effektive Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität ist ein Gebot der Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir müssen vermeiden, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern der Eindruck entsteht, dass wir die Kleinen hängen und die Großen laufen lassen. Mit der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität schützen wir nicht zuletzt diejenigen, die sich im Geschäftsverkehr redlich verhalten“, sagte **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

In Hamburg entstehen durch Wirtschaftskriminalität jährlich Schäden in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrags. Im Jahr 2011 betrug der Schaden ausweislich der polizeilichen Kriminalstatistik rund 313 Millionen Euro. Dabei erweist sich die Aufklärung und Ahndung von Wirtschaftsstrafsachen (wie z.B. Subventionsbetrug, Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt oder Bilanzfälschung) als besonders schwierig. Sie sind aufwändig zu ermitteln und nachzuweisen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer der rund 80 bis 100 Wirtschaftsstrafsachen im Jahr beim Amtsgericht ist rund doppelt so lang wie bei normalen Strafsachen (rund 8 statt 4 Monate). Durch die Konzentration fällt es Richterinnen und Richtern leichter, das erforderliche Spezialwissen aufzubauen und zu erhalten. Ihnen können gezielter Fortbildung angeboten werden.

Vermögensvorteile, die durch Begehung einer Ordnungswidrigkeit (wie z.B. Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz, das Fahrpersonalgesetz oder Betrieb eines Gewerbes trotz Gewerbeuntersagung) erzielt werden, sollen zukünftig häufiger abgeschöpft werden. Neben den originär zuständigen Behörden soll auch die Behörde für Inneres und Sport zuständig sein. Dort wurde in der Vergangenheit ein

besonderer Erfahrungsschatz aufgebaut. Abgeschöpft wurden dort im Jahr 2011 rund eine halbe Millionen Euro. Darüber hinaus vernetzen sich die Behörden besser untereinander. Es finden unter Federführung der Behörde für Justiz und Gleichstellung regelmäßig „Praktikerrunden“ statt, in denen Erfahrungswissen ausgetauscht wird, Fortbildungen angeboten und eine Urteilsdatenbank aufgebaut wird.

Rückfragen:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: [pressestelle@justiz.hamburg.de](mailto:pressestelle@justiz.hamburg.de)

7.1.2013/kb07

## Ausschreibung Projektfonds „Kultur bewegt“

### Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel führt Förderung von Kinder- und Jugendkulturarbeit auch 2013 fort

Für das Jahr 2013 schreiben die Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel und die Kulturbehörde erneut einen Projektfonds aus. „Kultur bewegt“ wird im Jahr 2013 mit 80.000 Euro von der Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel gefördert. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche aus Stadtteilen anzusprechen, die von Programmen kultureller Bildung selten erreicht werden.

**Senatorin Prof. Barbara Kisseler, Schirmherrin:** „Der Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel möchte ich herzlich für die großzügige Unterstützung für „Kultur bewegt“ danken. Das Projekt setzt genau an der Stelle an, an der die Arbeit in der Kinder- und Jugendkultur auf fruchtbaren Boden trifft. Für das Jahr 2013 hoffe ich auch auf wirksame Projekte, durch die Kinder und Jugendliche kulturell gefördert werden.“

**Milena Ebel:** „Mein Mann und ich freuen uns, dass wir mit „Kultur bewegt“ einen Beitrag leisten können, die soziale und kulturelle Entwicklung in Hamburg zu fördern. Kinder, die Gelegenheiten erhalten, sich künstlerisch einzubringen, entwickeln ein gutes Selbstwertgefühl, Toleranz und Offenheit für andere Menschen. Mit ‚Kultur bewegt‘ unterstützen wir deshalb Projekte, die jungen Menschen in Hamburger Stadtteilen mit Entwicklungspotenzial die Welt der Kreativität eröffnen.“

Zu „Kultur bewegt“ sind weitere Partner eingeladen, sich als Förderer, Ideengeber oder ehrenamtlich Engagierte an der Initiative zu beteiligen. Angesprochen sind Projekte aus den Bereichen Kulturarbeit, Bildung, Jugendhilfe und der freien Kunst, die mit einem interkulturellen Ansatz arbeiten, bereits an lokale Netzwerke anknüpfen und von mindestens zwei Kooperationspartnern getragen werden. Dazu sollte eine Projektskizze und eine Finanzierungsstruktur mit einem angemessenen Eigenanteil an die Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel gesendet werden. Über die Mittelvergabe entscheidet eine Jury. Einreichungsfrist ist der 31. März 2013. Das Antragsformular steht als Download hier: [http://www.stiftungmaritim.de/Stiftung\\_Maritim/Kultur\\_Bewegt.html](http://www.stiftungmaritim.de/Stiftung_Maritim/Kultur_Bewegt.html) und hier <http://www.hamburg.de/kulturbehoerde/> bereit.

#### Rückfragen:

Enno Isermann; Pressestelle der Kulturbehörde

040 / 42824 – 207; [enno.isermann@kb.hamburg.de](mailto:enno.isermann@kb.hamburg.de)

Stiftung Maritim Hermann und Milena Ebel; [kulturbewegt@stiftungmaritim.de](mailto:kulturbewegt@stiftungmaritim.de)

08.01.13/kb08

## Hans-Günther-Baass-Atelierstipendium zu vergeben

### Atelier am Jungfernstieg steht ab März 2013 zur Verfügung

Zum zwölften Mal seit 1992 schreibt die Kulturbehörde das privat gestiftete „Hans-Günther-Baass-Atelierstipendium“ für Hamburger Nachwuchskünstlerinnen und -künstler aus dem Bereich der Bildenden Kunst aus. Das Stipendium hat eine Laufzeit von zwei Jahren (von März 2013 bis Februar 2015). Es beinhaltet die mietfreie Nutzung eines 30 Quadratmeter großen Dachateliers am Jungfernstieg und ist mit monatlich 700 Euro dotiert. Zum Ende der Stipendienzeit zahlt die Kulturbehörde einen Katalogzuschuss in Höhe von 2.500 Euro.

Für das „Hans-Günther-Baass-Atelierstipendium“ richtet sich ausschließlich an junge Hamburger Künstlerinnen und Künstler, die in den ersten Jahren nach Abschluss ihrer Ausbildung keinen adäquaten Arbeitsraum zur Verfügung haben und auf materielle Unterstützung angewiesen sind. Studierende sind von der Bewerbung ausgeschlossen. Die Bewerber müssen ihren Hauptwohnsitz und Lebensmittelpunkt in Hamburg haben. Die Auswahl trifft eine Fachjury.

Das „Hans-Günther-Baass-Atelierstipendium“ wurde 1991 nach dem Tode des Künstlers Hans Günther Baass von einer Hamburger Familie gestiftet. Baass hatte 25 Jahre in dem Dachatelier am Jungfernstieg gearbeitet.

Bewerbungsschluss (Abgabetermin) ist der 21. Januar 2013.

Die Bewerbungsunterlagen gibt es im Internet als Download auf der Website der Kulturbehörde unter [www.hamburg.de/kulturbeoerde](http://www.hamburg.de/kulturbeoerde)

oder über:

Kulturbehörde, Bereich Bildende Kunst  
Hohe Bleichen 22, 20354 Hamburg  
Tel.: 42824-282; [frank.haenke@kb.hamburg.de](mailto:frank.haenke@kb.hamburg.de)

#### **Rückfragen:**

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

040 / 42824 – 207

[enno.isermann@kb.hamburg.de](mailto:enno.isermann@kb.hamburg.de)



BECKER  
KERNER

Stiftung

10. Januar 2013/kb10

## Günstig ins Theater mit Theatix

### Becker-Kerner-Stiftung und Hamburger Bühnen bieten Theaterkarten für Schülerinnen und Schüler ab 1,99 Euro an

Hamburgs Schülerinnen und Schüler können ab sofort über die neue Internetseite und kostenlose Smartphone App Theatix stark vergünstigte Eintrittskarten für zahlreiche Hamburger Bühnen beziehen. Die Becker-Kerner-Stiftung bietet in Zusammenarbeit mit allen Hamburger Staatstheatern und fast allen Privattheatern online Theaterkarten für Schülerinnen und Schüler ab 1,99 Euro an. Das neue Angebot haben heute Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler, Schulsenator Ties Rabe und Johannes B. Kerner im Thalia Theater vorgestellt. Zum Start überreichte Thalia-Intendant Joachim Lux 200 Karten für eine exklusive Vorstellung des Erfolgsstück *Tschick*, die ausschließlich über Theatix für 1,99 Euro an Schülerinnen und Schüler verkauft werden.

**Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler** lobte das neue Angebot der Becker-Kerner-Stiftung und der Hamburger Theater: „Theatix bietet den Hamburger Bühnen eine hervorragende Möglichkeit, ein junges Publikum für das Theater zu begeistern. Neben dem günstigen Preis nutzt Theatix auch die Möglichkeiten der neuen Medien und bietet Zusatzinformationen über die Stücke und die Theater. Das neue Angebot leistet einen Beitrag, die Begeisterung für das Theater lebendig zu halten.“

**Schulsenator Ties Rabe** kündigte an, das Projekt an den Hamburger Schulen zu bewerben: „Ich hoffe, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler dieses neue Angebot nutzen. Das Theater ist eine gute Schule. Die Becker-Kerner-Stiftung und die Hamburger Theater leisten mit Theatix einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Bildung in Hamburg.“

**Johannes B. Kerner** freute sich über den gelungenen Start des neuen Angebotes: „Ich freue mich, dass wir mit unserer Idee bei den Theatern und Behörden auf so großes Interesse gestoßen sind und dass alle an einem Strang ziehen, damit wieder mehr Schüler in Hamburger Theater gehen. Und ich würde mir wünschen, dass sich mit ‚alle‘ auch möglichst viele Journalisten angesprochen fühlen, die dieses Angebot mit ihrer Berichterstattung bekannt machen.“

**Joachim Lux**, Intendant des Thalia-Theaters sagt zu dem neuen Angebot für Schülerinnen und Schüler: „Stellvertretend für die beteiligten Hamburger Theater bin ich sehr froh über diese Initiative. Denn sie ist neben der Aktion ‚Freikarte‘, die Hamburger Erstsemestern den Weg in die Theater ebnet, eine zweite ergänzende Maßnahme, die Schülern die Schwellenangst nehmen kann und den spontanen, individuellen und preiswerten Gang ins Theater ermöglicht. Das ist absolut auf der Höhe der Zeit, wo Schüler sich sehr kurzfristig entscheiden, wie sie am gleichen Abend ihre Freizeit verbringen. Und finanziell ist das Angebot unschlagbar: Theater ist fortan für Schüler preiswerter als Kino!“

Bei Theatix stellen die beteiligten Theater am Tag der Aufführung nach Verfügbarkeit ein Kartenkontingent ein, das für den Verkauf über Theatix freigeschaltet wird. Die Karten werden in drei Preiskategorien zu 1,99 Euro, 4,99 Euro oder bei besonderen Aufführungen für 7,99 Euro angeboten. Nach einmaliger Registrierung können die Schülerinnen und Schüler über Theatix ihre Karte für die Aufführung reservieren und an der Abendkasse abholen. Über App und Internetseite stehen zudem Zusatzinformationen über die Theaterstücke zur Verfügung, kann zu Sonderveranstaltungen, wie Führungen und Workshops für Kinder und Jugendliche eingeladen werden und können sich die Jugendlichen direkt über soziale Netzwerke zum Theaterbesuch verabreden.

Folgende Theater beteiligen sich bisher an Theatix: Deutsches Schauspielhaus, Thalia Theater, Hamburgische Staatsoper, Kampnagel, Ernst Deutsch Theater, Ohnsorg-Theater, St. Pauli Theater, Kammerspiele, Altonaer Theater, Harburger Theater und Haus im Park (Bergedorf), Alma Hoppes Lustspielhaus, Monsun Theater, Lichthof Theater, Das Schiff, Imperial Theater, Schmidt Theater und Schmidts Tivoli, Hamburger Kammeroper, Das Opernloft, Theater Kontraste / Winterhuder Fährhaus, Das kleine Hoftheater, English Theatre.

Die Becker-Kerner-Stiftung fördert junge Menschen in Sport und Kultur. Sie ist im Mai 2011 als Treuhandstiftung unter dem Dach der Haspa Hamburg Stiftung gegründet worden.

Ein Logo von Theatix können Sie unter [www.hamburg.de/kulturbehoerde](http://www.hamburg.de/kulturbehoerde) herunterladen.

Mehr Infos über [www.theatix.de](http://www.theatix.de) oder über folgenden QR-Code:



**Rückfragen:**

Enno Isermann  
Pressestelle der Kulturbehörde  
040 / 42824 – 207  
[enno.isermann@kb.hamburg.de](mailto:enno.isermann@kb.hamburg.de)

## Terminkalender

Vom 14. Januar bis 20. Januar 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

### Montag, den 14.01.2013

- 12:00** Levantehaus, Hyatt Hotel, Mönckebergstraße 7  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt am Pressegespräch zur **Eröffnung der Lichtinstallation „Dresscode“ von Tobias Zaft** teil.
- 16:00** Rathaus, Turmsaal  
Senator Michael Neumann begrüßt die **Teilnehmer des Führungslehrgangs der Feuerwehr**.
- 17:00** Rathaus, Kleines Zimmer  
Staatsrat Wolfgang Schmidt trifft den **Generalkonsul der Volksrepublik China, Huiqun YANG**, zum Gespräch.
- 18:00** Landesfrauenrat, Grindelallee 43  
Senatorin Jana Schiedek nimmt am **Neujahrsempfang des Landesfrauenrates mit Verleihung der „Hammonia 2013“** teil.
- 18:00** Deutsche Bank, Filiale Altona, Paul-Neve-Platz 5  
Senator Dr. Peter Tschentscher spricht beim **Neujahrsempfang**.

### Dienstag, den 15.01.2013

- 16:00** Patriotische Gesellschaft, Reimarus-Saal, Trostbrücke 6  
Senator Michael Neumann hält bei der **Festveranstaltung anlässlich des 10jährigen Bestehens der Stiftung Leistungssport Hamburg** eine Rede.
- 17:00** Hotel Radisson Blu, Marseiller Straße 2  
Senatorin Prüfer-Storcks spricht ein Grußwort zur **Verabschiedung der Oberin Brigitte Schäfer der DRK Schwesternschaft**.
- 17:30** Europa-Kolleg, Windmühlenweg 27  
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht ein Grußwort anlässlich des Empfangs **„Europa in Wissenschaft und Politik“**, an dem Vertreterinnen und Vertreter der Hamburger Hochschulen sowie Lehrende und Studierende des Europa-Kollegs Hamburg teilnehmen.
- 18:00** Hapag Lloyd AG, Ballindamm 25  
Staatsrat Michael Sachs nimmt an der **Podiumsdiskussion des Denkmalsalons zum Thema „Wem gehört die Stadt“** teil.  
  
Staatsrat Jens Lattmann nimmt teil.
- 19:00** Hapag Lloyd, Großer Konferenzraum, Ballindamm 25  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort beim **Denkmalsalon**.

### Mittwoch, den 16.01.2013

- 12:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer  
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Präsidenten des Landeskirchenamtes, Professor Dr. Peter Unruh**, zu seinem Antrittsbesuch.
- 13:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer  
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Botschafter der Bolivarischen Republik Venezuela, Chaves Samudio**, zum Gespräch.
- Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.
- 14:00** Am Zollhafen 12  
Senator Ties Rabe nimmt an der **Eröffnungsfeier des Sprach – und Bewegungszentrums der IBA** teil.
- 18:00** Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1, Agathe-Lasch-Hörsaal  
Staatsrat Jens Lattmann ist zu Gast bei der **Veranstaltung „Vermessung der Netzwelt: Brauchen wir für das digitale Zeitalter eine neue Werte-Ordnung?“**.
- 18:30** Logenhaus Moorweidenstraße  
Senatorin Jana Schiedek hält bei der Philanthropischen Gesellschaft einen Vortrag zum Thema **„Mit Recht engagiert – Ehrenamt in der Justiz“**.

### Donnerstag, den 17.01.2013

- 10:30** Gewerkschaftshaus Besenbinderhof  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks hält ein Referat anlässlich des **Neujahrsempfangs der DBG Senioren**.
- 11:00** igs, Wilhelmsburg  
Senator Ties Rabe stellt das Programm **„Schüler lernen bei der igs“** vor.
- 11:00** Rathaus, Turmsaal  
Senatorin Jana Schiedek überreicht das **Bundesverdienstkreuz an Katharina Hoffmann**.
- 14:00** Justizministerium Schwerin, Puschkinstraße 19-21, 19055 Schwerin  
Senator Michael Neumann nimmt an der **39. Top Konferenz der Bundeswehr** teil.
- 14:30** Stadtteilschule Bahrenfeld, Regerstr. 21-25  
Senatorin Jutta Blankau nimmt an einem Fototermin anlässlich der **Vorstellung eines herausragenden Projektes** (neue Kletterwand in Bahrenfeld) der SAGA GWG Stiftung Nachbarschaft teil.
- 15:30** Gymnasium Rahlstedt, Scharbeutzer Straße 36  
Senator Ties Rabe nimmt am **Neujahrsempfang der Hamburger Gymnasien** teil.
- 18:30** Hafencub Hamburg, Bei den St.Pauli Landungsbrücken 3  
Senator Frank Horch beteiligt sich an einer **Podiumsdiskussion zum Thema „Hamburg hält Kurs – der HEP bis 2025“**.
- Staatsrat Dr. Bernd Egert und Staatsrat Andreas Rieckhof nehmen teil.
- 18:30** Hotel Elysee  
Herr Staatsrat Holger Lange spricht ein Grußwort anlässlich des **55.Karpfenessen der Innung Sanitär, Heizung und Klempner**.

- 19:00** Hamburger Wingolf, Richardstraße 90  
Senatorin Jana Schiedek nimmt an einer **Diskussionsrunde zu aktuellen justizpolitischen Themen** teil.
- 19:00** Haus der Patriotischen Gesellschaft von 1765, Reimarus-saal, Trostbrücke 6  
Staatsrat Ralf Kleindiek nimmt teil an einer Veranstaltung zum Thema „ **Kinder, Jugend und Bildung**“.
- 20:00** KaDeWe, Tauentzienstraße 21, Berlin  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt am **Neujahrsempfang der deutschen Ärzteschaft** teil.
- 20:00** Gaststätte „Für Jedermann“ des SC Union 03 e.V., Waidmannstraße 17  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt am „ **Eröffnungsredner- Wettbewerb** „ teil.

**Freitag, den 18.01.2013**

- 10:00** Altonaer Rathaus,  
Senator Ties Rabe nimmt die Auszeichnung des **Projektes „ Eltern vor Ort“** vor.
- 16:00** TK-Landesvertretung, Habichtstraße  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks ist Gast beim **Neujahrsempfang der Techniker Krankenkasse**.
- 16:00** Akademie der Künste Berlin, Pariser Platz 4, 10117 Berlin  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt an der zweitägigen Veranstaltung „**Denk- und Handlungsraum Aufklärung**„ teil.

**Samstag, den 19.01.2013**

- 11:00** Feuerwehrhaus FF Lurup, Stückweg 4  
Staatsrat Volker Schiek nimmt am **Neujahrsempfang der Freiwilligen Feuerwehr und des Fördervereins der Freiwilligen Feuerwehr und der Jugendfeuerwehr Lurup** teil.
- 17:30** O2 World, Eingang E3  
Senator Michael Neumann spricht beim **Neujahrsempfang des Verbandes für Turnen und Freizeit e.V.** ein Grußwort.
- 18:30** Feuerwehrhaus Sasel, Saseler Parkweg 1  
Staatsrat Volker Schiek hält bei der **Gründungsveranstaltung der 1. Minifeuerwehr in Sasel** eine Rede.

**Sonntag, den 20.01.2013**

- 10:00** Berufschulzentrum G 17, Dratelnstr. 24  
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort beim **Neujahrsempfang der Wilhelmsburger-Altherren-Auswahl**.